

Handlungsplan

„Migration und Integration in Mainz“

Büro für Migration und Integration, Olga Mosch
Landeshauptstadt Mainz

Handlungsplan „Migration und Integration in Mainz“

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes für Mainz

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i>	3
1. Strategische Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Mainz	5
1.1. Leitbild (Phase 1)	7
1.2. Analyse der Ausgangslage (Phase 2)	9
1.3. Definition der Handlungsfelder und Festlegung der Schwerpunkte (Phase 3)	11
1.4. Entwicklung von Zielen und Indikatoren (Phase 4)	12
1.5. Strategieentwicklung (Phase 5)	12
1.6. Integrationsmonitoring (Phase 6)	14
2. Organisationsstruktur	16
<i>Literaturverzeichnis</i>	18
Anhang	
<i>Ausgewählte Stellungnahmen Mainzer Einwohnerinnen und Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund zur Umfrage „Was verstehen Sie unter Integration?“</i>	19
<u>Anlage 1</u>	
<i>Bestandsaufnahme der aktuellen Lage der Menschen mit Migrationshintergrund in Mainz</i>	
<u>Anlage 2</u>	
<i>Katalog mit Angeboten und Projekten für Menschen mit Migrationshintergrund in Mainz</i>	

Einleitung

Die moderne deutsche Gesellschaft ist geprägt durch eine interkulturelle Vielfalt. Menschen mit Migrationshintergrund gehören weitestgehend zur deutschen Normalität. Im Jahr 2008 hatten 15,6 Millionen der insgesamt 82,1 Millionen Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil bei 18,2 % und in der Landeshauptstadt Mainz bei 28,4 %. Die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund wächst im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stetig an. Der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund zeichnet sich ebenfalls durch einen deutlich jüngeren Altersdurchschnitt als der der Gesamtbevölkerung aus.

Viele Faktoren weisen deutlich auf die Abhängigkeit Deutschlands von Zuwanderung und Integration hin. Die demografische Entwicklung zeigt, dass durch das niedrige Geburtenniveau und die steigende Lebenserwartung in den nächsten Jahrzehnten eine gealterte Bevölkerung das Erscheinungsbild Deutschlands prägen wird. Daraus folgt einerseits eine ebenso spürbare Senkung der Zahl der Erwerbstätigen. Bereits jetzt erreicht der vorhandene Fachkräftemangel ökonomisch bedenkliche Auswirkungen.

Andererseits ist dieser Prozess eine soziale, gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Diese berührt -neben den wirtschaftlichen Auswirkungen- das gesamte soziale Leben. Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Kultur und die „ältere Gesellschaft“ in allen Facetten, die zunehmender ihre enormen Fähigkeiten einbringen wird, aber auch die Hilfe der Solidargemeinschaft benötigt. Die deutsche Gesellschaft wird eine ältere und sie wird mehrheitlich eine Gesellschaft mit Migrationshintergrund sein.

Dabei ist gerade eine ausgewogene Diversität eine Bereicherung für eine gesunde Entwicklung der Gesellschaft. Das zur Verfügung stehende wirtschaftliche und demografische Potenzial der Migrantinnen und Migranten als Chance zu erkennen und es zu nutzen ist eine notwendige Anforderung an Politik und Verwaltung.

Integration ist ein zusammenführender Prozess. Dabei geht es einerseits um die Bereitschaft der Zuwanderer, das Leben der Aufnahmegesellschaft anzunehmen, dem Grundgesetz und der Rechtsordnung zu folgen und die Sprache zu erlernen. Andererseits werden von der aufnehmenden Gesellschaft Akzeptanz, Anerkennung und die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Zusammenleben erwartet. Ein konstruktives Miteinander, d. h. ein Integrationsprozess unter der Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, ist die Basis für die interkulturelle Gestaltung der Gesellschaft. Und diese Basis liegt in den Lebenswelten der Menschen und dies sind primär die Kommunen.

Mit dem Zuwanderungsgesetz und der damit verbundenen Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen. Integration und die Erfüllung der damit zusammenhängenden Bedarfe sind seitdem ein Schwerpunkt der Bundespolitik.

Integration wurde zur „Chefsache“ erklärt und damit wurde der Grundstein für den Nationalen Integrationsplan gelegt. Viele Kommunen folgten diesem Grundsatz und machten Integration zum Schwerpunktthema ihrer kommunalen Politik. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche kommunale Integrationskonzepte und Leitbilder entwickelt und Integrationsberichte veröffentlicht.

Die Landeshauptstadt Mainz schloss sich ebenfalls dieser Orientierung an. Auf Antrag „Nationalen Integrationsplan auch in Mainz umsetzen“ und auf Antrag „Vielfalt als Chance begreifen – Integration in Mainz fördern“ beschloss der Stadtrat am 3. September 2008, die Migrationskonzeption der Stadt Mainz fortzuschreiben und zu einem Integrationskonzept für

Mainz weiterzuentwickeln.

Mit dieser Aufgabe betraut wurde das damalige Mainzer Migrationsbüro, welches anbeachtet der weitergehenden Aufgaben und Blickwinkel des Prozesses seit Ende 2009 in „Büro für Migration und Integration“ der Landeshauptstadt Mainz umbenannt wurde.

Für die Fortschreibung der Migrationskonzeption wurde ein Volontariat eingerichtet und eine wissenschaftliche Begleitung im Rahmen des Projekts „Vielfalt nutzen, Teilhabe stärken“ von der Projektgruppe InPact zur Verfügung gestellt.

Im Verlauf der Fortschreibung wurde ein zukunftsorientierter Handlungsplan „Migration und Integration in Mainz“ erarbeitet. Mit dem Handlungsplan „Migration und Integration in Mainz“ werden folgende Ziele verfolgt.

- Schaffung der Grundlagen für eine inhaltliche, partizipative Diskussion zum Thema „Migration und Integration“ und für eine strategische Steuerung von Integrationspolitik in Mainz, welche die Einbindung der Betroffenen und weiterer, relevanter Beteiligter in die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen sichert
- Vorschläge zur Bestimmung erster Handlungsfelder, um konkrete und klare Ziele zu definieren und Strategien für die Koordinierung, die Umsetzung und die Überprüfung zu entwickeln
- Schaffung fehlender Netzwerkstrukturen und Stärkung vorhandener zwischen den Akteuren
- Verbesserung der Bedarfsermittlung
- Optimierung bedarfsorientierter Maßnahmen
- Systematische Steuerung der Maßnahmen

Der Handlungsplan besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil „Strategische Weiterentwicklung der Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Mainz“ beschreibt den Vorgang des kommunalen Integrationsprozesses in Zusammenarbeit mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Einwohnerschaft und dient als Grundlage für die Integrationsarbeit der Stadtverwaltung. Darin wird deutlich, dass die strategische Steuerung eine Aufgabe der Verwaltungsspitze ist und Integration eine der Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung darstellt. In diesem Teil werden die einzelnen Phasen der strategischen Steuerung und die Vorgehensweisen dargestellt und durch Beispiele anderer Kommunen erläutert. Ergänzend dazu werden Empfehlungen formuliert. Der zweite Teil erläutert die Organisationsstruktur der strategischen Steuerung.

Im Anhang sind Stellungnahmen ausgewählter Mainzer Einwohnerinnen und Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund zu Ihrem Verständnis von Integration zu finden.

Die Dokumente der Bestandsaufnahme der aktuellen Lebenssituation der Menschen mit Migrationshintergrund in Mainz sind als Anlagen des Handlungsplanes beigefügt.

Der Handlungsplan bildet die Plattform für die Entwicklung des strategischen Handelns der Landeshauptstadt Mainz. Die vorliegende Arbeit bietet der Landeshauptstadt Mainz die Möglichkeit, ihre Integrationspolitik auf neue Rahmenbedingungen auszurichten, so dass Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigt an der Aufnahmegesellschaft, vor allem am Bildungssystem, Arbeitsmarkt und an der Politik teilhaben können. Die gleichberechtigte Teilhabe an den gesellschaftlichen Strukturen schafft eine Atmosphäre des Willkommenseins und der gegenseitigen Anerkennung und Wertschätzung.

1. Strategische Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Mainz

Die strategische Steuerung des Integrationsprozesses ist eine zentrale Aufgabe vieler Kommunen. Sie liegt in der Verantwortlichkeit der Verwaltungsspitze und wird als „Chefsache“ oft von vielen Bürgermeistern persönlich in der Öffentlichkeit vertreten.

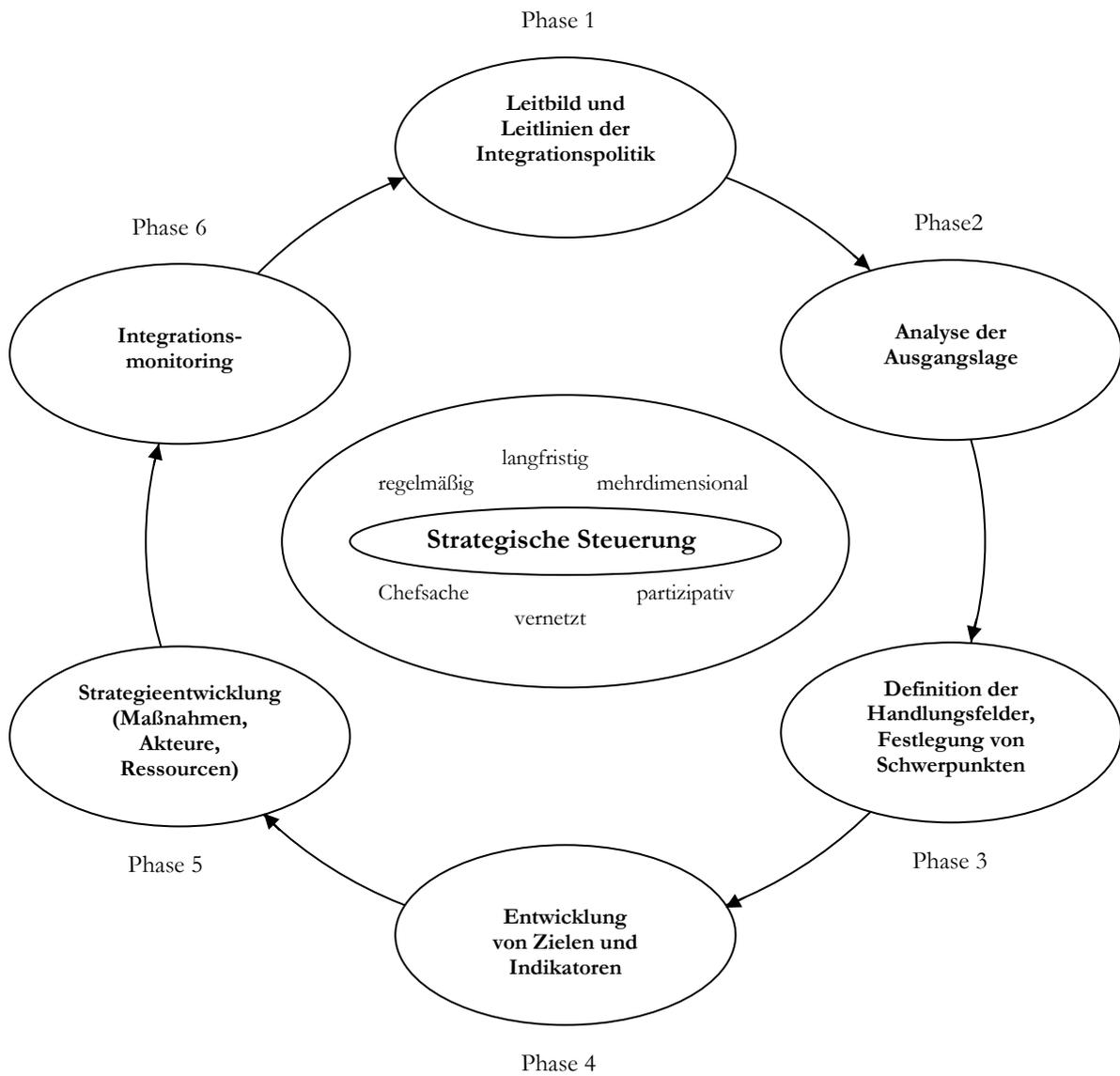
Die strategische Ausrichtung beinhaltet die Organisation und Überwachung des Integrationsprozesses durch folgende Bausteine: Bestandsaufnahme, Zielorientierung, Beteiligung und Controlling. (Dr. Reichwein 2004, S. 7).

Dabei werden gemeinsame Zukunftsvisionen in Form eines Leitbildes mit Politik, Stadtverwaltung, Verbänden, Vereinen und den Akteuren entwickelt. Es werden die aktuellen Bedarfe ermittelt, Handlungsfelder definiert und Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Daraufhin können langfristige und klare Ziele und Strategien erarbeitet und Maßnahmen auf die zuvor erfassten Bedarfe abgestimmt werden. Hierzu müssen alle relevanten Akteure, vor allem Betroffene, eingebunden und vernetzt, der Ressourcenaufwand geplant und die Wirkung der Maßnahmen mittels eines Monitorings gesteuert werden.

In diesem Prozess ist es notwendig, für die Zusammenarbeit der Akteure aus Politik und Verwaltung zu sorgen. Wichtig ist besonders die Migrant*innenorganisationen und die Stadtgesellschaft für die Arbeit zu gewinnen und ihre Partizipation zu fördern. Dabei wird auf die strukturierte, kontinuierliche und wirkungsorientierte Steuerung des Prozesses großen Wert gelegt.

Für die Verwaltung einer Kommune ist solch eine strategische Ausrichtung des Integrationsprozesses die Voraussetzung für einen zukunftsbezogenen Handlungsansatz. Die empfohlene, strategische Steuerung für die Landeshauptstadt Mainz wird in Form des Kreislaufes in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Der strategische Kreislauf



Empfehlung für die gesamte strategische Steuerung der Landeshauptstadt Mainz:

- In Mainz wird ein kommunales Management aufgebaut und ein Netzwerk der Integrationsarbeit in einem breiten Beteiligungsprozess mit Einbindung aller integrationspolitisch relevanten Akteure initialisiert. Dabei wird die strategische Steuerung von der Stadtverwaltung übernommen.
- Die kontinuierliche Teilnahme der Migrantenorganisationen wie auch bestehender (Teil)Netzwerke am Integrationsprozess wird gefördert und das vorhandene bürgerliche Engagement weiterhin gestärkt.
- Integration wird in Mainz als „Chefsache“ verstanden, vom Oberbürgermeister erkennbar und permanent angenommen und „als gesamtstädtische und ressortübergreifende Querschnittsaufgabe“ (Bertelsmann Stiftung 2005, S. 10) in der gesamten Stadtverwaltung verankert.
- Weiterhin ist es notwendig,
 1. ein Leitbild zu erarbeiten
 2. die Ausgangslage zu analysieren und Handlungsbedarfe zu ermitteln,
 3. Handlungsfelder zu definieren und Schwerpunkte festzulegen,
 4. messbare Ziele zu formulieren und sie mit Indikatoren zu versehen,
 5. Strategien zu entwickeln und
 6. ein Integrationsmonitoring aufzubauen.

In den folgenden Kapiteln werden einzelne Schritte des strategischen Kreislaufes, einige Vorgehensweisen und Beispiele aus verschiedenen Konzeptionen aufgeführt und Empfehlungen gegeben.

1.1. Leitbild (Phase 1)

Mit der Aufstellung des Leitbildes zur Migration und Integration beginnt die erste Phase der strategischen Steuerung. Das Leitbild verdeutlicht das gemeinsame Verständnis von Integration und die Zukunftsvisionen einer Kommune, die als gemeinsame Zielrichtung und Orientierung der kommunalen Integrationsarbeit dienen. Innerhalb einer auf Partizipation angelegten Organisationsstruktur wird diese erarbeitet und bildet die Basis, aus der konkrete integrationspolitische Ziele, Handlungsansätze und Maßnahmen formuliert und entwickelt werden können.

Integration ist ein aktueller und in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ständig wiederkehrender Begriff. Die Bedeutung des Wortes „Integration“ wird aber nach jeweiliger Absicht, Standpunkt oder politischer Couleur verschieden ausgelegt oder benutzt.

Das Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), das sich unter anderem mit dem Thema Migration & Qualifizierung befasst, beklagt zu Recht, dass der Begriff Integration in der jüngsten Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion oft instrumentalisiert wurde: „... Je nach politischem Standpunkt konnte er Anpassung, Assimilation, Eingliederung, Zusammenleben oder Mitbestimmung bedeuten“ (Integration 2007).

Aber wie verstehen ihn die Betroffenen, d. h. die Bürger mit Migrationshintergrund? Die Mehrzahl der Migrantinnen und Migranten fühlt sich als Teil der deutschen Gesellschaft. Diese Größenordnung (58 %) bestätigte ebenfalls die Studie der Bertelsmann Stiftung „Zuwanderer in Deutschland“ (Bertelsmann Stiftung 2009, S. 4).

Die Frage nach dem Begriff Integration ruft bei einigen der befragten Migrantinnen und Migranten widersprüchliche Emotionen hervor und führt oft zu Missverständnissen. Viele regen daher an, nicht mehr von Integration zu sprechen, vielmehr gehe es um gleiche Rechte und Partizipation (Türkische Gemeinde 2008).

Im Rahmen der Fortschreibung der Migrationskonzeption wurde in Mainz eine Befragung zum Begriff Integration durchgeführt und dabei eine Anzahl Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen befragt. Diese Befragung zeigt deutlich, dass der Begriff Integration von unterschiedlichen Menschen vielfältig interpretiert wird und dass es schwierig scheint, ein gemeinsames Begriffsverständnis zu finden¹.

Die Aufgabe, sich mit dem Integrationsbegriff und weiteren Zusammenhängen in Bezug auf Integration auseinanderzusetzen, stellte sich auch die bereits seit mehreren Jahren im Bereich Migration und Integration engagierte Arbeitsgruppe „Multikulturelle Gesellschaft“ und erarbeitete einen ersten Entwurf. An der Weiterentwicklung des Entwurfes werden Schritt für Schritt weitere Akteure auf gesamtstädtischer Ebene beteiligt.

Die aktuelle Integrationspolitik des Bundes brachte ebenfalls zahlreiche Kommunen dazu, Integrationsleitbilder und Leitlinien, in durchaus unterschiedlichen Verfahren, zu entwickeln.

Verfahrensbeispiele:

***Beim Saarbrücker Handlungskonzept** z. B. wurde für die Entwicklung der Leitlinien eine politische und gesellschaftliche Diskussion mit Einbindung von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen angeregt.*

Im Laufe des einjährigen Beteiligungs- und Diskussionsprozesses wurden vier Workshops durchgeführt, in denen sich in einem breiten partizipativen Verfahren Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, Verbände und Vereine sowie Migrantinnen und Migranten, Bürgerinnen und Bürger der Stadt beteiligt haben.

Besonders ist hervorzuheben, dass auch junge Leute den Erarbeitungsprozess aktiv und kreativ unterstützt und städtische Zukunftsperspektiven mitgestaltet haben.

Die vier im Saarbrücker Stadtrat vertretenen Parteien haben sich in einem interfraktionellen Arbeitskreis mit den erstellten Leitlinien auseinander gesetzt.

Abschließend wurde ein Entwurf der integrationspolitischen Leitlinien an 31 ausgewählte Personen und Institutionen versendet mit der Bitte, fachbezogene Stellungnahmen zu diesem Entwurf abzugeben.

Mit dem Ergebnis von zehn Leitlinien wurde eine Plattform für einen erfolgreichen Integrationsprozess geschaffen und eine klare Richtung für die kommunale Integrationspolitik in Saarbrücken vorgegeben.

Dieses breite Beteiligungsverfahren verdeutlicht, dass die Stadt Saarbrücken ihre Kernaufgabe Integration als kommunale Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe versteht (Zuwanderungs- und Integrationsbüro Saarbrücken 2008, S. 74).

***Der Landkreis Bernkastel-Wittlich** hat sich für ein anderes Verfahren in Form eines halbtägigen Workshops entschieden, an dem sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Projektgruppe unter Einschluss der Akteure der Verwaltung, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund und in der Integrationsarbeit erfahrene Personen beteiligt haben. Sechs Integrationsgrundsätze wurden dabei erarbeitet (Vortmann 2008).*

Empfehlung für die Landeshauptstadt Mainz:

Die AG-Multikulturelle Gesellschaft schlägt nun zum Begriff „Integration“ folgende Begriffsbestimmung vor:

“Integration ist ein Prozess. Integration ist Gleichberechtigung und der gleichberechtigte Zugang zu allen Ressourcen, entsprechend seinen jeweiligen persönlichen Fähigkeiten. Dabei ist Integration keine „Einbahnstraße“ und es muss in diesem Sinne auch eine

¹ Die ausgewählten Stellungnahmen zu Umfrage „Was verstehen Sie unter Integration?“ sind im Anhang präsentiert.

Sensibilisierung der persönlichen/gesellschaftlichen Situation geben (u. a. „Umgangsformen“ kennen & erlernen). Dazu gehört die Toleranz des/der „Anderen“ (weitergehend bzw. bestenfalls wäre es die Akzeptanz des/der „Anderen“) in seinem Verhalten. Dabei sichert die freiheitlich demokratische Grundordnung einerseits Freiräume, setzt aber andererseits auch Grenzen.

Zur Integration gehören die persönliche und gesellschaftliche Bereitschaft/Offenheit für dieses Thema und die grundlegende persönliche/gesellschaftliche Offenheit für einen Diskurs.

Die Anerkennung, der Erhalt und die Differenzierung der Gruppen; die Erlangung von Sprachkenntnissen, die Würdigung und Förderung der verschiedenen kulturellen Ressourcen (z. B.: Mehrsprachigkeit) und die grundsätzliche Anerkennung von Schul-, Berufs-, Bildungsabschlüssen.

Das Verständnis für das „Neue“ und die „Fremdheit“ und dies für Mainzerinnen und Mainzern mit und ohne Migrationshintergrund.

Ziel von Integration ist die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und dem Beitragen zum Allgemeinwohl.

Emotional ist Integration das Erreichen eines „Wir-Gefühl“ aller Einwohnerinnen und Einwohner; ein positives kulturelles Selbstbild der „Mainzer/Mainzerinnen“ mit seiner ganzen Vielfalt im „Wir“.

- Dies und die Ergebnisse der Umfrage „Was verstehen Sie unter Integration?“ sollen eine Grundlage für die Aufstellung eines handlungsorientierten Mainzer „Leitbilds“ mit Zielbeschreibungen und Maßnahmen werden.
- Die Stadt Mainz wird ein praxisorientiertes, ziel- und bedarfsorientiertes Leitbild eines gemeinsamen Mainzer Integrationsverständnis' entwickeln.
- Für die Koordinierung ist das Büro für Migration und Integration zuständig.

1.2. Analyse der Ausgangslage (Phase 2)

Die strategische Steuerung des Integrationsprozesses basiert auf regelmäßig erhobenen Zahlen und Daten. Dafür ist in Phase 2 (vgl. Abb. 1, Kap. 1) eine Bestandsaufnahme bzw. eine Analyse der aktuellen Lebenssituation der Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Lebensbereichen erforderlich. Für diese Analyse werden statistische Daten zur Demografie, Bildung, Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft etc. erhoben.

Mit Hilfe von Expertengesprächen, Befragungen, Informationsveranstaltungen oder Teilnahmen an integrationsspezifischen Projekten, Workshops und Fortbildungen können Bedarfe und Potenziale der Zuwanderer von Experten und Betroffenen dargestellt werden.

Durch die Evaluation der Stärken und Schwächen der bisherigen Integrationspolitik werden die vorhandenen Integrationsdefizite identifiziert und die bisher erreichten Erfolge gekennzeichnet.

Die Bestandsaufnahme umfasst ebenfalls eine Zusammenstellung der bestehenden Angebote.

Das schafft die notwendige Transparenz, um Parallelangebote zu verhindern.

Ein weiteres Thema, das betrachtet wird, ist der eingesetzte Ressourcenaufwand und die bisherige Effizienz und Effektivität seines Einsatzes. Außerdem können während der Bedürfnisermittlung auch Kooperationspartner und andere Akteure ermittelt werden.

Aus der Analyse der Bestandsaufnahme werden Handlungsbedarfe und Handlungsfelder abgeleitet. Aus diesem Grund muss der Bestand regelmäßig ermittelt bzw. aktuell gehalten werden, um damit den Integrationsprozess steuern und auf gesellschaftliche Veränderungen schnell und angemessen reagieren zu können.

1.3. Definition der Handlungsfelder und Festlegung der Schwerpunkte (Phase 3)

Anhand der festgestellten Handlungsbedarfe durch die Bestandsaufnahme müssen in Phase 3 Handlungsfelder definiert werden.

Der Bericht der KGSt „Management kommunaler Integrationspolitik“ schlägt neun Handlungsfelder vor: *Sprache, Bildung und Ausbildung, Wirtschaft und Arbeit, Wohnen, Soziales, Gesundheit, Kultur, Integration und Sicherheit* (KGSt 2005, S. 47-60). Je nach den ermittelten Bedarfen und kommunalen Rahmenbedingungen werden in einigen Kommunen andere Themen hinzugefügt. Das betrifft unter anderem *Religion, sozialraumorientierte Integrationsarbeit, Senioren, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Gender* oder *politische Partizipation*.

Aus diesen Handlungsfeldern werden auf Grund der begrenzten Ressourcen einer Kommune geeignete Arbeitsschwerpunkte für die gesamtstädtische Integrationspolitik festgelegt. Das betrifft die Handlungsfelder, die als besonders wichtig für den kommunalen Integrationsprozess bewertet werden.

In der Mainzer Migrationskonzeption von 2004 wurden bereits neun Handlungsfelder² bestimmt und mehrere Arbeitsschwerpunkte festgesetzt (Migrationsbüro 2004). Die aktuelle Bestandsaufnahme erschloss zusätzliche Themenbereiche wie z. B. „Kooperation mit Eltern“ oder „Migrant*innenorganisationen“ (siehe Anlage 1).

Empfehlungen für die Landeshauptstadt Mainz:

- Aufgrund der Rückmeldungen aus verschiedenen Gruppen sind insbesondere die Bereiche „Sprache, Erziehung, Bildung, Schule, Beruf, Qualifikation“ hervorstechend und sollten als Handlungsfelder bedacht werden. Hierin spiegelt sich nicht nur ein Blick auf die Bedarfe, sondern auch der Ausblick auf die Zukunft, die es allen ermöglicht, an der Gesellschaft individuell und erfolgreich teilzuhaben und sich mit seinen Fähigkeiten und Kenntnissen einzubringen.
Daher werden zunächst als Grundlage des Austauschs, des Verstehens, der Teilhabe, des Miteinanders und der Individualität folgenden Handlungsfelder vorgeschlagen:
 - **Sprachförderung**
 - **Ausbildung, Arbeit, Qualifizierung**
- Daneben sind weitere Handlungsfelder möglich. Bei entsprechenden Ressourcen wird die Verwaltung in Kooperation mit dem Beirat für Migration und Integration durch eine geeignete Veranstaltung mögliche andere Handlungsfelder eruieren. Das Ergebnis wird dann in den weiteren Prozess Eingang finden und durch die Steuerungsgruppe bewertet.
- Dabei sollten auch die Themen der Arbeitskreise des Beirats für Migration und Integration (AK Frauen, AK Kultur und Religion) bei einer Festlegung beachtet werden, wobei der Aufbau von Doppelstrukturen zu bestehenden Gremien und Gruppen zu vermeiden ist.
- In Mainz wird die Festlegung der Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte überprüft, bedarfsgerecht aktualisiert und unter der Berücksichtigung der Ergebnisse der durchgeführten Bestandsaufnahme durch neue ergänzt werden. Diese Aufgabe sollte von einer einzurichtenden Steuerungsgruppe übernommen werden. (siehe Kapitel 2)

² Dies sind: Aufenthalt und Bevölkerungsentwicklung/Erziehung und Bildung/Arbeit, Ausbildung, Qualifikation/Wohnen und Umwelt/Gesundheit und soziale Hilfen/Religion/Kultur, Sport, Freizeit/Sicherheit/Sprachförderung für Erwachsene

1.4. Entwicklung von Zielen und Indikatoren (Phase 4)

Zu den festgesetzten Handlungsfeldern müssen überprüfbare, handlungsbezogene Ziele formuliert und die Zielgruppen konkretisiert werden. Dabei werden neue Rahmenbedingungen und Veränderungen auf kommunaler Ebene berücksichtigt und alle relevanten Beteiligten gleichberechtigt eingebunden.

Die Ziele müssen mit Indikatoren hinterlegt werden, die als Steuerungs- und Messinstrumente dienen und mit deren Hilfe Informationen über den Stand der Integration erfasst werden (zu Indikatoren siehe Kapitel 1.6).

Entwicklungsbeispiele:

Beispiele aus dem Saarbrücker Handlungskonzept für die Festlegungen von Zielen und Erfolgsindikatoren werden in folgender Zusammenstellung vorgestellt (Zuwanderungs- und Integrationsbüro Saarbrücken 2008, S. 35):

Handlungsfeld „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund: Verbesserung der Bildungschancen und interkulturelle Erziehung“

Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Migrantenkinder erzielen erfolgreiche Bildungsabschlüsse. Die ethnische und soziale Herkunft entscheidet nicht mehr über den Bildungserfolg.</i> • <i>Kinder und Jugendliche in Saarbrücken wachsen in einem offenen, diskriminierungsfreien Umfeld auf.</i>
Erfolgsindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Die Kindergartenbesuchsquote von Migrantenkindern entspricht der der deutschen Kinder.</i> • <i>Die Kinder haben einen für die Einschulung ausreichenden Sprachstand erworben.</i> • <i>Die Jugendlichen erreichen höhere Bildungsabschlüsse; die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss geht zurück.</i> • <i>Die Einrichtungen verfügen über interkulturelle Konzepte und sind kompetent im Umgang mit multiethnischer Schüler- und Elternschaft.</i>

Beim Entwicklungsprozess ist zu beachten, dass sich nicht alle integrationspolitischen Ziele mit Indikatoren quantifizieren bzw. messen lassen. Ein Beispiel dafür ist die Lebenszufriedenheit. Für die Überprüfung von nicht direkt messbaren Sachverhalten kann die Erarbeitung von qualitativen Indikatoren als Unterstützung dienen.

Empfehlung für die Landeshauptstadt Mainz:

- In Mainz werden in jedem Handlungsfeld handlungsorientierte und überprüfbare Ziele formuliert und aussagekräftige Indikatoren zur Zielerreichung entwickelt.
- Zur Formulierung der Ziele und Indikatoren in den jeweiligen Handlungsfeldern werden Arbeitsgruppen eingerichtet (siehe Kapitel 2).

1.5. Strategieentwicklung (Phase 5)

Bei der Strategieentwicklung handelt es sich vor allem um die Erarbeitung bedarfsgerechter und zielgruppenorientierter **Handlungsempfehlungen**.

In dieser fünften Phase werden konkrete, zielgerichtete und zielgruppenorientierte Leitprojekte und **Maßnahmen** entwickelt. Dabei werden die schon vorhandenen Maßnahmenangebote integriert und an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Planung dafür muss nachhaltig geschehen, um den entsprechend hohen Verwaltungsaufwand zu rechtfertigen und der

Zukunftsorientierung zu entsprechen.

Um Parallelstrukturen zu vermeiden, müssen städtische Integrationsangebote mit Angeboten freier Träger kombiniert und abgestimmt werden. Dadurch werden Transparenz, Vernetzung und Optimierung der Angebote für Migrantinnen und Migranten geschaffen und Über- oder Unterangebote umgangen.

Für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen müssen knapp vorhandene personelle und finanzielle **Ressourcen** optimal kalkuliert werden. Dazu gehören auch eventuell zur Verfügung stehende Fördermittel von EU, Bund und Land.

Darüber hinaus bedarf es der Klärung von **Verantwortlichkeiten** und der Benennung von **Ansprechpartnern**.

Strategiebeispiele:

In der unten stehenden Tabelle werden einige Beispiele der Handlungsempfehlungen für die oben als Beispiele aufgeführten Ziele und Erfolgsindikatoren aufgestellt (Zuwanderungs- und Integrationsbüro Saarbrücken 2008, S. 34-35):

Handlungsfeld „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund: Verbesserung der Bildungschancen und interkulturelle Erziehung“

Strategien	<i>Frühzeitiger Besuch von Kindertageseinrichtungen: Eltern werden motiviert, ihre Kinder möglichst früh in Kindertageseinrichtungen anzumelden und einen regelmäßigen Kitabesuch sicher zu stellen. Die LH S entwickelt entsprechende Strategien der Werbung und Ansprache.“...</i>
Ressourcen	<i>Eigene Einrichtungen und Zuschüsse an Dritte; Ressourcenbündelung durch Kooperation mit freien Trägern und Einbindung von drittmittelgeförderten Projekten....</i>
Akteure	<i>Eigene Einrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Therapeutische Schülerhilfen, Abenteuerspielplätze, Kultur- und Lesetreffs, ST.ER.N-Schule etc.)...</i>

Geeignete Verfahren, um solche Handlungsempfehlungen zu entwickeln, sind durchaus vielfältig, wie die Umsetzungen in anderen Kommunen zeigen.

Verfahrensbeispiele:

In Braunschweig z. B. wurden 6 Arbeitsgruppen aus 120 Bürgerinnen und Bürgern für die Erarbeitung von insgesamt über 160 Einzelvorschlägen zu Integrationsmaßnahmen gebildet. Diese wurden von der Verwaltung als Grundlage für das kommunale Handlungskonzept verwendet (Handlungskonzept 2007).

Ein weiteres Beispiel für die Erarbeitung von kommunalen Handlungsempfehlungen findet sich in einer viertägigen Workshopreihe der Stadt Tübingen, an der verschiedene Träger, Institutionen, Organisationen, die Stadtverwaltung und interessierte Bürger gemeinsam teilnahmen. (Integrationskonzept 2009).

Empfehlung für die Landeshauptstadt Mainz:

- In Mainz werden wie oben beschrieben Strategien zur Umsetzung der Ziele entwickelt, die Zielgruppen, Akteure und Ansprechpartner benannt, die Kosten und der zeitliche Ablauf abgeschätzt.
- Die unter 1.4 empfohlenen Arbeitsgruppen sind für den Erarbeitungsprozess verantwortlich (siehe Kapitel 2).

1.6. Integrationsmonitoring (Phase 6)

Für die abschließende Phase des strategischen Kreislaufes muss ein geeignetes Überprüfungs-system entwickelt werden. Bundesweit wird derzeit dafür ein Integrationsmonitoring aufgebaut, mit dessen Hilfe eine Datenbank für die Evaluierung der Integrationsarbeit geschaffen werden soll. In diese Datenbank gehören z. B. Zahlen zu den verschiedenen Lebensbereichen der Migranten, wie z. B. Bildung, Arbeitsmarktintegration, Wohnverhältnisse, Gesundheit oder sprachliche Fähigkeiten.

Der Aufbau des Integrationsmonitoring ist eine neue Aufgabe der kommunalen Verwaltung, um mit diesem System den Integrationsprozess messbar zu machen.

Die Erreichung der gesetzten Ziele wird dabei kontinuierlich und langfristig überprüft und bewertet. Die Ergebnisse dienen als Handlungsgrundlage des weiteren Prozesses.

Als Messgrößen des Integrationsmonitoring müssen die geeigneten quantitativen und qualitativen Indikatoren erarbeitet werden. Mit Hilfe dieser Indikatoren sollten folgende detaillierte Informationen systematisch erfasst werden:

- Wie ist der Stand des Integrationsprozesses?
- Wurden die gesetzten integrationspolitischen Ziele erreicht?
- Wie erfolgreich sind die Maßnahmen gelaufen?
- Wurde auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen ein neuer Handlungsbedarf festgestellt?
- Soll die Steuerung des Integrationsprozesses verbessert werden?
- War der Ressourceneinsatz sinnvoll und zielführend?

Die regelmäßige Erfassung dieser Daten über Bedarfe, Maßnahmen, Wirkungen und den Ressourceneinsatz und die kontinuierliche Beobachtung des Integrationsprozesses machen erfolgreiche Integrationsverläufe sichtbar und ermöglichen ein frühzeitiges und steuerndes Eingreifen.

Auf Grundlage der Daten des Integrationsmonitoring werden in mehreren Kommunen, wie z. B. in *Wiesbaden, Bremen oder Schwäbisch Gmünd* jährlich Integrationsberichte veröffentlicht.

Zusammenfassend dient das Integrationsmonitoring der Steuerung (Controlling) des weiteren Prozesses und der Berichterstattung und ist somit ein Standard kommunaler Integrationspolitik.

Monitoringbeispiele:

Je nach Ausgangssituation orientieren sich viele Kommunen z. B. an den Vorschlägen der KGSt für ein Monitoringsystem an den Kennenzahlen der Bertelsmann Stiftung oder erarbeiten eigene Indikatorensets.

Die Kommune Saarbrücken z. B. hält sich auch an einige der oben genannten Empfehlungen und schlägt zu jedem Handlungsfeld außer Erfolgsindikatoren (siehe Kapitel 4.4) auch Vorschläge für das Monitoringsystem vor. Sie unterscheidet dabei quantitative (statistische Angaben) und qualitative (Berichte der Träger, Bürger-/Kundenberatungen) Indikatoren.

Für das oben schon erwähnte Handlungsfeld „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund: Verbesserung der Bildungschancen und interkulturelle Erziehung“ werden zum Monitoring folgende Punkte vorgeschlagen (Zuwanderungs- und Integrationsbüro Saarbrücken 2008, S. 35):

Monitoring	<ul style="list-style-type: none">• „Quantitativ: Statistiken zu Kindergartenbesuchsquote, Dauer des Kindergartenbesuchs, Schuleingangsuntersuchungen, Rückstellungsquote, Schul(abgänger)statistik• Qualitativ: Befragungen von Einrichtungen und Migrantenvertretern (z. B. Elternvereine), Projekterfolge, eigene Erhebungen (Seite 35)“
-------------------	--

Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass mit Hilfe von sinnvollen Indikatoren die Wirkungen der Maßnahmen, besonders in Handlungsfeldern wie Kindertagesstätten oder Schulen erfasst werden können. In anderen Bereichen, wie z. B. beim Handlungsfeld Sicherheit, jedoch fehlen statistische Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund. Die statistische Erfassung dieser Gruppe stellt sich als eine der schwierigsten Aufgaben dar. Viele Statistiken unterscheiden noch immer nur zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Eingebürgerte werden dabei als Deutsche geführt. Dadurch verlieren diese Statistiken an Aussagekraft und können kaum als Grundlage für Monitoringsysteme genutzt werden.

Passend sind hingegen die Daten des Mikrozensus, die inzwischen den Migrationshintergrund der Befragten auf Länderebene erfassen.

Neben wenig aussagekräftigen Statistiken führen auch ungeeignete Indikatoren zu nur unzureichenden Erkenntnissen. Diese Defizite weisen darauf hin, dass die Struktur des kontinuierlichen Monitoringsystems einer Weiterentwicklung bedarf.

Empfehlung für die Landeshauptstadt Mainz:

- Um den Integrationsprozess noch wirksamer zu gestalten und den Stand der Zielerreichung kontinuierlich zu überprüfen, wird in Mainz ein Monitoringsystem aufgebaut.
- Dabei wird sich auf die Kernbereiche der Integration und der entsprechenden Handlungsfelder konzentriert.
- Die Weiterentwicklung der statistischen Erfassung der Personen mit Migrationshintergrund in diesen Bereichen sollte gefördert werden.
- Der Aufbau des Monitoringsystems wird vom Büro für Migration und Integration in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen durchgeführt.
- Dazu sollte regelmäßig ein auf der Auswertung der quantitativen und qualitativen Indikatoren basierender Bericht verfasst werden. In diesem Bericht werden die Ergebnisse bzw. Teilergebnisse zu den oben genannten Fragen dargestellt.

Mit dem qualifizierten Berichtswesen als Teil eines Monitoring wird der strategische Kreislauf geschlossen.

2. Organisationsstruktur

Die Umsetzung des Handlungsplanes setzt seine Verankerung von Strukturen inner- und außerhalb der Stadtverwaltung mit der Einbindung aller relevanten Akteure und engagierten Bürger auf gesamtstädtischer Ebene voraus.

In dieser Struktur wird in einem partizipativen Prozess ein differenziertes, Mainzer Leitbild entwickelt, das nicht nur eine gemeinsame, verschriftlichte Definition entwickelt, sondern diese auch direkt mit „Leben“ (Maßnahmen und Angeboten) füllt.

Diese Entwicklung wird in den praxisbezogenen Beteiligungsstrukturen begleitet, die hierfür Vorschläge für Ziele, Indikatoren, Strategieentwicklung, Angeboten und Maßnahmen erarbeitet.

Die Umsetzung wird zentral bei der lokalen Verwaltung unter Aufsicht der kommunalen Politik koordiniert. Für die Gesamtsteuerung des Integrationsprozesses in Mainz ist **eine Steuerungsgruppe**, bestehend aus Oberbürgermeister, Vertretern der Stadtratsfraktionen, des Beirats für Migration und Integration und der Verwaltung einzurichten. Im Bedarfsfall können weitere Experten (z. B.: des Netzwerks Mainzer Migrantenorganisationen, freie Träger) hinzugezogen werden.

Die Leitung der Steuerungsgruppe obliegt dem Oberbürgermeister. Hier werden Handlungsfelder definiert, Prioritäten gesetzt und die benötigten Arbeitsgruppen bestimmt. In den Zuständigkeitsbereich der Steuerungsgruppe gehört die Steuerung der Umsetzung des Handlungsplanes „Migration und Integration in Mainz“.

Zu den von der Steuerungsgruppe definierten Handlungsfeldern werden themenbezogene **Arbeitsgruppen** mit fachübergreifender Zusammensetzung gebildet. Die Arbeitsgruppen sollten sich aus Vertretern der Fachämter, freien Träger und bereits bestehender Netzwerke zusammensetzen. Vertreter von weiteren Migrantenorganisationen sollten themenbezogen in die Arbeitsgruppen berufen werden, um als sachkundige Personen ihre Erfahrungen vor Ort einzubringen. Die Arbeitsgruppen sollten von den jeweils zuständigen Fachämtern geleitet und vom Büro für Migration und Integration koordiniert werden.

Innerhalb der Arbeitsgruppen sollten im fachlichen Austausch der Ist-Zustand analysiert, Angelegenheiten mit Integrationsbezug erörtert und gemeinsam verbindliche Festlegungen auf Ziele und Strategien in den jeweiligen Handlungsfeldern getroffen werden. Zur Überprüfung der Zielerreichung (Monitoring) müssen zusätzlich geeignete Vorschläge von den Arbeitsgruppen ausgearbeitet werden. Außerdem sollten Handlungsempfehlungen formuliert werden.

Im weiteren Verlauf werden die erarbeiteten Ergebnisberichte **dem Beirat für Migration und Integration und in der Folge dem Stadtrat und seinen Ausschüssen** regelmäßig vorgestellt werden. Dabei werden die Möglichkeiten zur Umsetzung geprüft, optimiert und das weitere Vorgehen abgesprochen. Damit werden die Grundlagen der kommunalen Integrationspolitik festgelegt.

Das „Forum“ ist ein Plenum zur Diskussion und zum Informationsaustausch für alle relevanten Akteure und der Mainzer Bevölkerung. Im „Forum“ werden integrationsspezifische Themen erörtert und sich über die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit auseinander gesetzt. Es erfüllt eine beratende Funktion.

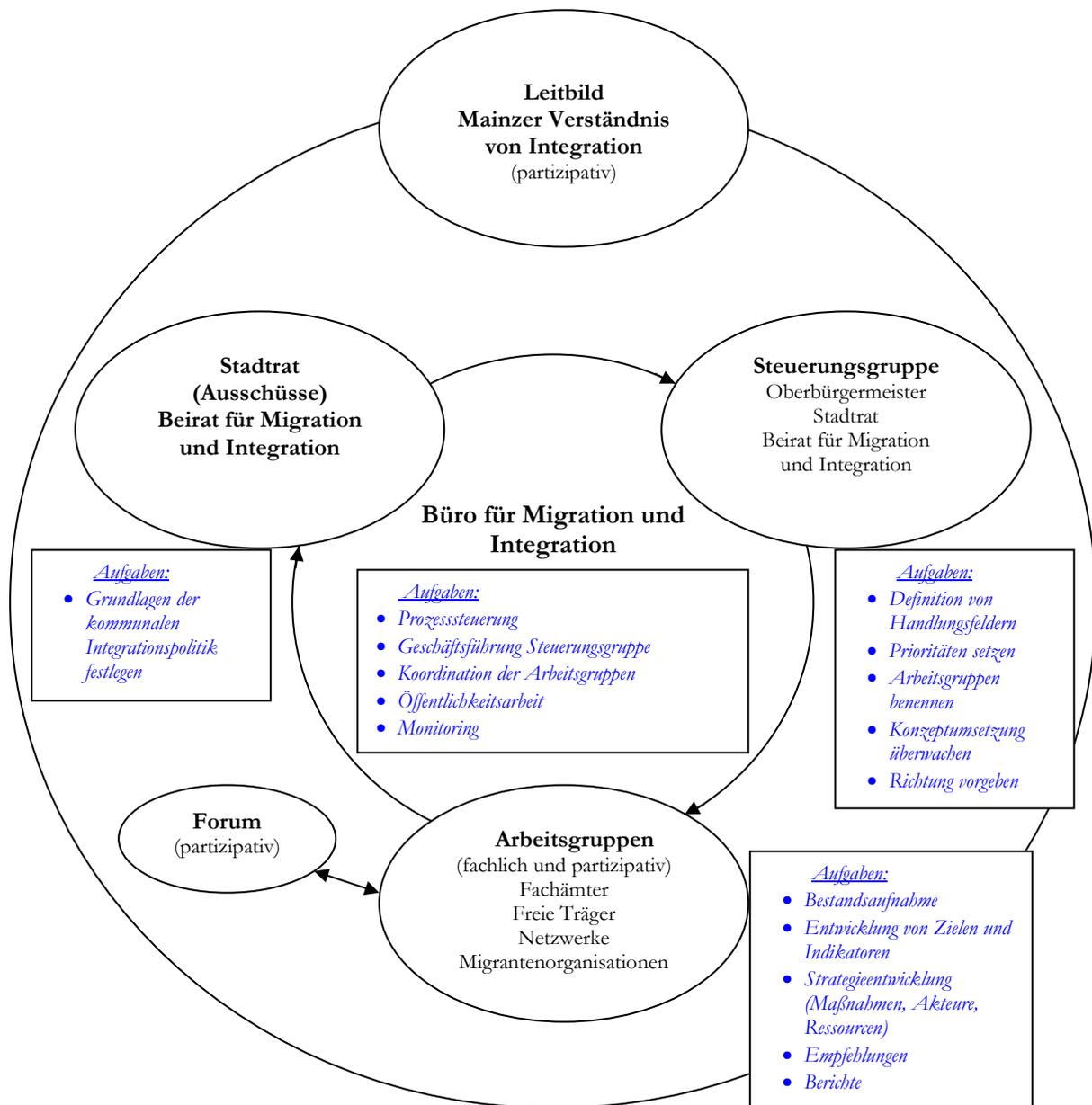
Dabei ist das „Forum“ nicht als eine bestimmte Veranstaltungsform anzusehen. Das „Forum“ stellt sich themenorientiert in verschiedenen Veranstaltungsformen dar. Dazu können gehören:

- Fachtagungen
- Öffentliche Hearings, Diskussionen
- Vor-Ort Treffen
- Befragungen usw.

Das Büro für Migration und Integration bildet die Verbindung zwischen der Stadtverwaltung einerseits und Integrationseinrichtungen, öffentlichen und freien Trägern, Migrantenorganisationen und anderen Akteuren andererseits. Besonders wichtig im Prozess ist auch die Verbindung zur Bevölkerung durch die Migrantenorganisationen, um eine, für die Nachhaltigkeit des Prozesses entscheidende, Bürgerbeteiligung zu gewährleisten. In der Stadtverwaltung wird das Büro für Migration und Integration als zentrale Ansprechstelle festgelegt, die für die langfristige Planung, Steuerung und Begleitung des Integrationsprozesses verantwortlich ist. Das Büro übernimmt die Geschäftsführung der Steuerungsgruppe und die Koordination der Arbeitsgruppen. Zu seinen Aufgaben zählen ebenfalls Öffentlichkeitsarbeit und Monitoring.

Diese Organisationsstruktur gewährleistet nicht nur die Einrichtung des Integrationsprozesses als Querschnittsaufgabe der Mainzer Stadtverwaltung, sondern auch die Integration relevanter Akteure.

Abbildung 3: Organisationsstruktur



Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung 2009: Zuwanderer in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung 2005: Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh.

Dr. Reichwein, Alfred; Vogel, Stephanie 2004: Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen, im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, 7.

Integration 2007, in: http://www.migration-online.de/cms/index_cGkPTM_.html; 14.05.2009.

Integrationskonzept 2009: Integrationskonzept Tübingen: Workshop-Reihe im März 2009, in: http://www.tuebingen.de/pressemitteilungen/25_27062.html; 17.06.2009.

KGSt 2005: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.): Management kommunaler Integrationspolitik: Strategien und Organisation, in: KGSt Bericht 7/2005.

Kommunales Handlungskonzept 2007, in: <http://www.braunschweig-zukunft.de/leben/soziales/integration/handlungskonzept.html>; 17.06.2009.

Migrationsbüro 2004: Migrationskonzeption für Mainz. Stadt Mainz.

Türkische Gemeinde 2008: Türkische Gemeinde gegen Begriff «Integration», 2008, in: <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/919099.html>; 14.05.2009.

Vortmann, Claudia 2008: Integration im Landkreis Bernkastel-Wittlich, Dokumentation des Grundsatz-Workshops zur Entwicklung eines Integrationsleitbildes für den Landkreis, unveröffentlichtes Manuskript.

Zuwanderungs- und Integrationsbüro Saarbrücken 2008: Handlungskonzept für die Integration für Zuwanderer und integrationspolitische Leitlinien für Saarbrücken. Saarbrücken.

Anhang

Ausgewählte Stellungnahmen Mainzer Einwohnerinnen und Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund zur Umfrage „Was verstehen Sie unter Integration?“

	Name:	Katica Vranesa
	Alter:	59
	Herkunftsland:	Kroatien
	Staatsangehörigkeit:	Kroatisch
	In Deutschland seit:	1969
	Schulabschluss:	-
	Beruf:	Rentnerin

Was verstehen Sie unter Integration?

Integration, wie ich sie verstehe, soll heißen, dass die Menschen gleichberechtigt zusammenleben, egal welche Hautfarbe, Herkunft oder Religion sie haben. Alle Rechte und Pflichten sollen für die Zugewanderten und für die Mehrheitsgesellschaft gleich sein.

Es ist ein Prozess, in dem die Zugewanderten in eine Mehrheitsgesellschaft integriert, aber nicht assimiliert werden sollen, so dass die Einwanderer ihr Brauchtum, ihre Sprache weiter pflegen können, ohne in der Masse der Bevölkerung aufzuzeigen, sich angenommen und akzeptiert fühlen.

Gegenseitige Anerkennung der Werte und Traditionen durch die Einwanderer und durch das Einwanderungsland, ebenso Akzeptanz der Kultur in die man gelangt. Dazu gehört das Erlernen der Sprache als auch das Anerkennen der Werte der bestehenden Gesellschaft.

Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderte müssen sich deshalb aufeinander zu bewegen und beide die Integration wollen und zulassen.

Ohne diese Öffnungsprozesse auf beiden Seiten können die Prozesse auf den unterschiedlichen Integrationsebenen nicht ungehindert ablaufen.

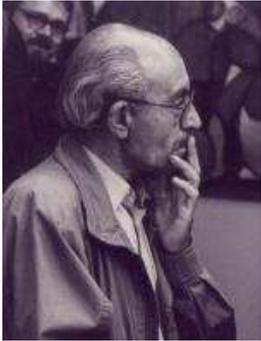
Damit das Zusammenleben auch gelingt, sind Anstrengungen von Politik und Gesellschaft erforderlich.

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Gesellschaftlich ja – rechtlich nicht, da ich nach 40 jährigem Aufenthalt in Deutschland, in einer demokratischen Gesellschaft, noch immer nicht gleichberechtigt bin (kein Wahlrecht).

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Auf jeden Fall.

	Name:	Mohamad Robubi
	Alter:	73 Jahre
	Herkunftsland:	Iran
	Staatsangehörigkeit:	Iranisch
	In Deutschland seit:	1960
	Schulabschluss:	-
	Beruf:	Rentner

Was verstehen Sie unter Integration?

Integration bedeutet die Einbeziehung aller Einwohner (sowohl der Deutschen als auch der Ausländer) in die gesellschaftlichen und politischen Prozesse innerhalb der Gesellschaft – vor allem in der kommunalen Ebene.

Dies ergibt einerseits die Verpflichtung für die Ausländer z. B. die Sprache zu lernen und sich mit den Rechten und Pflichten des Landes auseinanderzusetzen, sowie die Pflichten, die geltenden Gesetze und Normen zu respektieren und zu achten.

Auf der anderen Seite muss Ausländern auch Gelegenheit gegeben werden, an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen aktiv teilhaben zu können.

Dies kann ausschließlich durch das kommunale Wahlrecht gewährleistet werden.

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Ich fühle mich nicht integriert.

Derzeit gibt es in Deutschland kein kommunales Wahlrecht für Ausländer. Daher ist die Mitgestaltung in der Gesellschaft kaum möglich. Der Einfluss auf politische Entscheidungen, die für den Alltag bestimmend sind, ist nicht gegeben.

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Grundsätzlich bin ich sehr interessiert, an der Gestaltung der Gesellschaft, in der ich 50 Jahre lebe, mitzuwirken.

	Name:	Fatima Laabdallaoui
	Alter:	-
	Herkunftsland:	Marokko
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	1977
	Schulabschluss:	Mittlere Reife
	Beruf:	Verwaltungsfachangestellte

Was verstehen Sie unter Integration?

Unter Integration verstehe ich, sich erfolgreich im deutschen Bildungssystem (das schließt Sprache und Kultur ein) und Wirtschaftssystem zu integrieren und sich nicht als Gruppe abzusondern. Integration heißt auch das Akzeptieren der fremden Kultur.

Für mich heißt Integration:

- An den Wahlen teilnehmen
- Steuern zahlen
- Solidaritätszuschlag zahlen
- Am Gesellschaftsleben teilnehmen
- Sich selbst und dazu zähle ich die verschiedenen Persönlichkeiten gepaart aus Kultur, Tradition und Religion einbringen.

Es gibt kein reines Deutschland mehr, schon sehr lange nicht mehr und man sollte nach 40 Jahren Leben mit Migranten endlich mal einsehen, dass diese einen großen Teil Deutschland ausmachen. **WIR SIND ALLE DEUTSCHLAND.**

Die 1. Generation trägt letztendlich dazu bei, dass weiterhin auch die nächste Generation hier in Deutschland ihre Heimat hat und sich mit neuen Impulsen einbringt, um hoffentlich dazu beizubringen, dass in den Köpfen der Menschen die Grenzen und Schubladen auflösen.

Die Sprache ist ein wichtiger Faktor für die Integration. Sprachliche Verständigung ist die Voraussetzung und Grundlage des Zusammenlebens von Deutschen und Migranten. Je besser ein Migrant die Sprache des Landes beherrscht, in dem er auf Dauer leben will, umso größer ist die Chance dieses Ziel zu erreichen und einen Einblick in die Gesellschaft sowie deren Struktur zu bekommen. Zudem wirken sich schlechte Deutschkenntnisse der Eltern auch auf die Zukunft ihrer Kinder aus.

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Ich bin hier aufgewachsen und habe mich hier nie fremd gefühlt. Ich bin genauso Deutsche wie alle anderen. Schon von Kind an habe ich mich in die deutsche Gesellschaft integriert. Es liegt viel daran, wie offen man ist. Allerdings braucht man ein dickeres Fell, um sich selbst nicht zu verlieren. Ich halte an meine Identität und Religion fest und erwarte von der deutschen Gesellschaft dies zu tolerieren. Die Deutschen sollten offenere Ohren haben und weniger Vorurteile und Ängste. Es gibt andere Kulturen, Sitten und Gebräuche. Da spielt gegenseitige Toleranz – von beiden Seiten – eine große Rolle. Denn letztendlich geht es um Integration und nicht um Assimilation.

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Ja, ich möchte in diese Gesellschaft integriert werden, da ich weiterhin hier leben möchte. Dazu gehört für mich Kultur, Sitten und Bräuche dieses Landes zu akzeptieren und zu tolerieren. Ich bin bereits im gesellschaftlichen, sowie im wirtschaftlichen Leben eingebunden.

	Name:	Nilüfer Bayram
	Alter:	35
	Herkunftsland:	Türkei/kurdischer Abstammung
	Staatsangehörigkeit:	Türkisch
	In Deutschland seit:	1974
	Schulabschluss:	Hochschulabschluss (Uni)
	Beruf:	MA Politikwissenschaftlerin

Was verstehen Sie unter Integration?

„Integration“ Ein großes Wort, viele Gedanken, viele Wege um es zu beschreiben. Bei dem Wort „Integration“ fällt mir sofort der Lieblingsspruch meines Professors der Uni Mainz ein „Integration bedeutet die Eingliederung in ein großes Ganzes“. Diese Worte treffen auch genau den Punkt. Die deutsche Gesellschaft, sowie die deutsche Kultur ist von der Kultur, sowie dem Gesellschaftsempfinden der Migranten/Innen in der Art und Weise, sowie in der Ausführung sehr unterschiedlich. Es ist in erster Linie sehr schwer, die jeweiligen Eigenarten der Gesellschaften richtig und vollständig zu begreifen. Und an dieser Stelle muss meiner Meinung nach auch die Integration ansetzen.

Zunächst braucht man ein „Instrument“, um eine „Integration“ zu verwirklichen. Das ist die „gemeinsame Sprache“. Nur über die Sprache ist es möglich sich zu verständigen, zu kommunizieren oder auch nur einander zu verstehen.

Wenn dieser Ansatz erst einmal geschafft ist, kann man den zweiten Schritt angehen. Das eigentliche und gegenseitige „eingliedern in ein großes Ganzes“. Wie kann man das verwirklichen?

Es gibt mehrere Wege, sich dem Problem anzunehmen.

Ein Weg wäre die Politik. Jede Gesellschaft lebt und gedeiht in einem politischen Leben. Jede Gesellschaft definiert sich über die Politik, sowie die Richtlinien der politischen Einheit. Jedem Bürger der Gesellschaft, sei es Migranten/Innen oder sei es Inländer, muss es möglich sein, sich durch eine Teilnahme und Teilhabe am politischen Geschehen zu beteiligen. Politische Partizipation ist eines der erfolgreichsten Wege, die eine Integration auf allen Ebenen fordert und fördert. Wenn man gemeinsam am politischen Leben arbeitet und gemeinsame Entscheidungen politischer Art trifft, ebnet man einen Weg zur Gemeinsamkeit und zu diesem Gemeinsamkeitsgefühl, dass die Integration ausmacht.

Dies ist aber nur durch ein transparentes Miteinander möglich. Die Bürger eines Landes müssen einander ohne Verschleierungen oder ähnliches alles offen legen und diskutieren können. Ohne Transparenz kann auch keine Gemeinsamkeit ermöglicht werden.

Migranten/Innen dürfen nicht auf das Migrantendasein reduziert werden. Ebenso dürfen im Gegenzug dazu Migranten/Innen sich selbst nicht damit abfinden bzw. diesen Zustand hinnehmen.

Man muss gegenseitig das nötige Feingefühl entwickeln, um die jeweilige Kultur und die Vielfalt des Gegenübers zu verstehen und zu schätzen. Erst dann, ist es möglich, aus zahlreichen kleinen Grüppchen ein großes Ganzes zu machen.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt der Verwirklichung der sozialen Integration ist in erster Linie das Erkennen eines Minimalkonsenses. Minimalkonsens bezüglich der gemeinsamen Grundwerte und der Orientierungsmuster der jeweiligen „Parteien“. Durch diesen Konsens ist es möglich, ein gemeinsames „Wir-Gefühl“ zu entwickeln.

Integration betrifft also nicht nur Migranten/Innen, sondern fordert auch die deutsche Gesellschaft. Beide „Parteien“ müssen sich in der Mitte treffen, um gemeinsam stärker,

gewissenhafter, sowie effektiver ein weiteres Miteinander schaffen und leben zu können. Es ist sicherlich eine Utopie, davon auszugehen, dass irgendwann... wann auch immer... eine vollständige und absolute Integration in der Gesellschaft vollzogen ist. Integration ist eher ein Prozess, der immer andauern muss und niemals stillstehen darf. Ein Prozess der niemals enden sollte. Ein Prozess, der in der Politik fest verankert und in den Herzen der Menschen leben und gelebt werden muss. Integration kann weiterentwickelt, gefördert, umgeplant oder reformiert werden. Integration ist ein Prozess, der das Leben aller Bürger im Lande bereichert, gut tut, sowie gutes tut. Deshalb ist eine gute Integrationspolitik innerhalb der Gesellschaft eines der stärksten Pfeiler derselben Gesellschaft.

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Leider muss ich diesen Punkt verneinen! Ich habe nicht das Gefühl, vollständig integriert worden zu sein. Ich spreche fließend Deutsch, bin in Deutschland geboren, habe zahlreiche deutsche Freunde in meinem engeren Umfeld und dennoch habe ich nicht das Gefühl, zur deutschen Gesellschaft zu gehören.

Woran das liegt, ist schwer zu begreifen und noch schwerer zu erklären. Vielleicht ist es die Tatsache, dass ich als Bürger eines „nicht-EU- Landes“ nicht in der Lage bin, in der tatsächlichen deutschen politischen Welt mitzureden bzw. mitzubestimmen. Da ich kein Kommunalwahlrecht besitze, fühle ich mich nicht vollständig respektiert oder anerkannt. Die Politik ist in meinen Augen die einzige und beste Art und Weise, sich in das gesellschaftliche und soziale Leben zu integrieren. Das bedeutet, durch Mitsprache im politischen Fragen habe ich die Möglichkeit, meine Gedanken und Werte dem „großen Ganzen“ mitzuteilen.

Der Beirat für Migration und Integration ist in meinen Augen auch nur eine Art Ersatz für alle Migranten/Innen innerhalb der deutschen Grenzen. Wenn alle in der deutschen Gesellschaft lebenden Bürger das gleiche Kommunalwahlrecht besitzen würden, wären solche Beiräte, die nicht allzu viel „Macht“ innerhalb der Kommunalpolitik genießen, hinfällig.

Innerhalb der deutschen staatlichen Grenzen haben wir Migranten/Innen und deutsche Bürger die gleichen Pflichten, wie zu Beispiel Steuerabgaben, einhalten von Gesetzen und Gesetzmäßigkeiten usw. Wenn es um die Mitsprache in politischen Belangen geht, welches die einzige Möglichkeit ist, mich selbst im bürgerlichen Leben wieder zu finden, habe ich kein Mitspracherecht. Somit löst sich das Integrationsgefühl in wohlwollen auf und ist nur ein Wort von vielen Schlagwörtern in der Ausländerpolitik der deutschen Gesellschaft.

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Eine schöne Frage. Selbstverständlich möchte ich integriert werden! Ich lebe hier, ich arbeite hier, meine Familie lebt hier, meine Kinder sollen einmal hier aufwachsen. Was für ein Interesse sollte ich daran haben, nicht integriert zu werden. Der Ort, an dem ich mich wohl fühlen und zugehörig fühlen möchte und soll ist „hier“. Deshalb möchte und sollte ich integriert werden.

	Name:	Daniele Barbalinardo
	Alter:	18
	Herkunftsland:	Italien
	Staatsangehörigkeit:	Italienisch
	In Deutschland seit:	1995
	Schulabschluss:	Fachabitur
	Beruf:	Student

Was verstehen Sie unter Integration?

Unter Integration verstehe ich, dass man in die deutsche Gesellschaft aufgenommen wird und die gleichen Rechte, wie ein Deutscher hat. Außerdem sollte man nicht wegen seiner Nationalität anders behandelt oder unterdrückt werden.

Als ein in Deutschland Lebender sollte man auch das Recht haben, wählen gehen zu dürfen, auch wenn man die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt, da man mit dem Ergebnis der Wahlen auch selbst leben muss.

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Ja, ich fühle mich integriert, da ich im Großen und Ganzen dieselben Rechte wie ein Deutscher besitze, außer dass ich mich nicht an Wahlen beteiligen kann.

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Es ist mir sehr wichtig integriert zu werden, denn ich denke, man sollte sich in dem Land, in dem man lebt auch wohl fühlen, auch als Mensch mit Migrationshintergrund.

	Name:	Anastasia Sidorovnin
	Alter:	17
	Herkunftsland:	Russland
	Staatsangehörigkeit:	Russisch
	In Deutschland seit:	fast 7 Jahren
	Schulabschluss:	Momentan Mittlere Reife
	Beruf:	Schülerin

Was verstehen Sie unter Integration?

Jeder Mensch ist anders, hat einen anderen Charakter oder Stil. Jeder hat seine eigenen Hintergründe, geschweige davon eine eigene Meinung. Es wird immer Aspekte geben, in denen sich Menschen unterscheiden werden. Manche von uns kommen aus einem anderen Land und sprechen eine andere Sprache, doch dies bedeutet nicht, dass wir uns von diesen, genau solchen Menschen, wie wir, abwenden sollten. Das ist kein Grund, um zu diskutieren oder die Meinung desjenigen nicht zu akzeptieren. Man müsste aufhören, die Menschen in Schubladen zu stecken. Dies ist für mich – Integration. Denjenigen akzeptieren wie er ist, ihm zu helfen, ihn in seiner Gemeinschaft aufnehmen, demjenigen das Gefühl geben, dass er genauso „ein Teil der Gemeinschaft ist“ und somit demjenigen ein Freund sein.

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Mittlerweile fühle ich mich sicher und wohl in Deutschland, bzw. integriert. Ich beherrsche die deutsche Sprache, verstehe mich mit meinen Mitmenschen und weiß, wie ich mich ausdrücken soll oder meine Meinung vertreten kann. Offener und kontaktfreudiger als in den ersten paar Jahren, als ich nach Deutschland umgezogen bin.

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Es ist wichtig, ein Teil der Gemeinschaft zu sein. Denn dies gibt ebenso dem Menschen ein gutes Gefühl, wenn man weiß, dass die Meinung genauso viel akzeptiert wird, wie die vom Anderen. Zu wissen, dass die Herkunft nicht als Nachteil angenommen werden könnte, zerstört das Selbstbewusstsein. Ja, ich möchte integriert werden...

	Name:	Kemo Kamara
	Alter:	20
	Herkunftsland:	Siera-Leone, Westafrika
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	1995
	Schulabschluss:	zurzeit Schüler des Wirtschaftsgymnasiums in Hechtsheim

Was verstehen Sie unter Integration?

Unter Integration verstehe ich, dass jeder Mensch mit einem Migrationshintergrund akzeptiert und angenommen wird, egal aus welcher Herkunft er oder sie ist. Außerdem sollen die ständigen Vorurteile gestoppt werden, wie z. B. „in Afrika ist der Flughafen im Busch“ oder wir Farbigen haben einen Knochen mehr als andere. Für mich ist es aber auch wichtig, dass dieses ständige „oh, er ist schwarz“, bestimmt kann er kein Deutsch und dass man deshalb auf Englisch redet oder ganz laut, als ob das was nützen würde, man ist ja nicht taub, wenn man die deutsche Sprache nicht beherrscht. Aber auch Ausländer, finde ich, sollten sich integrieren, denn man ist in einem Land, wo man nicht ursprünglich herkommt und hat die Pflicht gewisse Kulturen des Landes anzunehmen und zu akzeptieren, weil das zeigt auch ein gewisses Interesse, Eigeninitiative, denn so kann nur ein Zusammenleben verschiedener Kulturen klappen, wenn jeder die andere Kultur und Herkunft einfach als normal und selbstverständlich sieht. Was mir auch aufgefallen ist, ist dass es nicht so viele Ausländer oder Farbige im gehobenen Dienst gibt und das ist für mich ein Beweis, dass die Integration hier in Mainz oder überall ein sehr ernst zu nehmendes Thema ist.

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Ich sage mal ja und nein, denn an gewissen Tagen fühlt man sich integriert, wie z. B. in seinem Freundeskreis, aber wenn man woanders hinkommt, wo die Menschen einen nicht kennen und man schief von der Seite angeguckt wird, merkt man schon, dass es nicht selbstverständlich ist, dass eine Frau mit Kopftuch oder ein Farbiger an einem vorbeiläuft. Und diese Blicke verraten mir, dass man nicht völlig in der Gesellschaft integriert ist, was auch nie sein wird, weil jeder Mensch eine andere Denkweise oder Ansicht hat, was Ausländer oder Menschen mit Migrationshintergrund betrifft.

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Das wichtigste für mich ist, dass man mich einfach akzeptiert so wie ich bin, egal welcher Herkunft ich entspreche. Ich denke mal, das ist für jeden Ausländer oder einen Menschen mit einem Migrationshintergrund am wichtigsten so akzeptiert zu werden wie er oder sie ist.

	Name:	Katsiaryna Vialitskaya
	Alter:	24
	Herkunftsland:	Weißrussland
	Staatsangehörigkeit:	Weißrussisch
	In Deutschland seit:	2004
	Schulabschluss:	Gymnasium (2002)
	Beruf:	Studentin

Was verstehen Sie unter Integration?

Meiner Meinung nach bestimmen folgende 4 Faktoren die Integration: Spracherwerb, Bildungsniveau, Arbeitsmarkt und soziale Kontakte. Wenn man in allen diesen Bereichen sich sicher, glücklich und erfolgreich fühlt, dann kann schon von einer gelungenen Integration die Rede sein.

Unter Integration verstehe ich nicht nur Anpassungselemente, die aber auch vorhanden sein müssen, sondern auch den Behalt eigener Identität und Kultur.

Kulturelle Diversität kann als eine großartige und wertvolle Bereicherung für jeden Menschen sein, für den Einheimischen, sowie für den Migranten selbst.

Interkultureller Dialog ist wichtig. Wünschenswert ist immer, mehr miteinander zu reden.

Ich denke, auch wenn man anfängt das Aufnahmeland zu vermissen (z. B. wenn man für eine bestimmte Zeit verreist, dann kann das auch bedeuten, dass man integriert und eingelebt ist. Wenn man anfängt zu sagen: „hier bin ich zu Hause“ ☺).

Fühlen Sie sich integriert? Wenn nein, warum nicht?

Ich fühle mich integriert, obwohl man sich in manchen Situationen doch als Migrant fühlt und wahrgenommen wird, was aber auch Normalität sein kann oder muss.

Der Integrationsgrad in meinem Fall kann durch den Erwerb der deutschen Sprache, durch universitäre Ausbildung und Vorhandensein sozialer Kontakte gekennzeichnet werden.

Möchten Sie überhaupt integriert werden?

Auf jeden Fall! Integriert, aber nicht assimiliert (wie bei vielen Zuwanderern auch der Fall ist). Man darf nie die eigenen Herkunftswurzeln vergessen.

	Name:	Dr. Guido Dischinger
	Alter:	48 Jahre
	Herkunftsland:	Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	Geburt (1961)
	Schulabschluss:	Promotion
	Beruf:	Wirtschaftsinformatiker und Verhandlungsstenograf

Was verstehen Sie unter Integration?

Integration ist für mich ein schwer definierbares Wort: Wer ist integriert? Wer ist es nicht? Wer muss integriert werden, wer nicht? Kann man jemanden integrieren, oder muss er es selbst tun? Woran erkennt man, ob jemand integriert ist?

Bin ich integriert? Ich gehöre in vielerlei Hinsicht zu einer gesellschaftlichen Randgruppe: Ich gehe jeden Sonntag in die Kirche – das tut nur eine Minderheit. Wir haben drei Kinder – die Mehrheit hat weniger. Ich interessiere mich nicht für Fußball und nicht für Autos. Ich gehe nicht ins Kino, schaue nicht fern und trinke keinen Alkohol. Muss man mich noch integrieren?

Ist der Inhaber eines Bundespersonalausweises (bis zur Zeit der Völkerwanderung ohne Migrationshintergrund), der ab und zu nachts alkoholisiert durch die Straßen grölt, jahrelang Steuern hinterzieht oder vor Gericht klagt, wenn in seiner Nachbarschaft eine Behindertenwerkstätte gebaut wird, integriert? Ist ein Mensch integriert, der aus einem anderen Land kommt, hier die Bräuche seines Landes pflegt und seine Religion ausübt? Das alles weiß ich nicht, und manchmal wüsste ich gerne noch mehr.

Ich kann mit dem Wort „Integration“ nicht viel anfangen, deshalb ist es mir auch nicht wichtig.

Wichtig ist mir, dass Menschen miteinander leben – und nicht nebeneinander und schon gar nicht gegeneinander. Dazu muss man etwas voneinander wissen, dazu muss man einander ein wenig verstehen, und dazu braucht man eine Sprache, in der man miteinander reden kann. Dann muss man die Spielregeln kennen, nach denen gespielt wird, und sie einhalten. Und man muss die Verfahren kennen, nach denen man die Spielregeln ändern kann. Ich erwarte von niemandem, dass er die Gesetze in unserem Land alle liebt oder für gut und richtig hält – aber von jedem, dass er sie respektiert und einhält.

Und dann gibt es vieles, was mir unwichtig ist. Es ist mir egal, welches Land jemand für das schönste auf der Welt hält. Es ist mir gleichgültig, welchen Pass oder welche Pässe jemand hat. Es ist mir einerlei, ob jemand einen Hut, ein Tuch oder gar nichts auf dem Kopf hat (mich interessiert mehr der Inhalt, vor allem, wenn die Person meine Kinder unterrichtet). Ich frage niemanden, ob er an meinen, an einen, an viele oder an keinen Gott glaubt. Nette, ehrliche, kluge und großartige Menschen habe ich bisher aus allen Ländern, in allen Religionen und unter Atheisten gefunden.

Wir haben in unserer Stadt und in unserem Land viele Aufgaben, die wir gemeinsam viel besser lösen können als gegeneinander; wir sollten Probleme lösen und nicht schaffen. Dabei ist mir jeder und jede willkommen, der/die unsere Welt ein kleines Stück voranbringen möchte.

Wer mit Herz, Hirn und Hand mithilft, dass das Leben seiner Mitmenschen schöner, besser, leichter, lebenswerter wird, ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. Und je weiter er den Kreis derer zieht, für die er sich einsetzt, umso größer ist dieser Gewinn. Bieten wir also möglichst vielen Menschen die Möglichkeit, gute Ideen für eine bessere Zukunft umzusetzen, räumen wir ihnen die Steine aus dem Weg – und wenn so unser Zusammenleben gelingt, können wir das Ganze ja Integration nennen.

	Name:	Manuela Dursun
	Alter:	44
	Herkunftsland:	Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	-
	Schulabschluss:	Diplom-Volkswirtin
	Beruf:	Journalistin

Was verstehen Sie unter Integration?

Es gibt viele offizielle Definitionen von Integration.

Die einen sind meist theoretisch und bemühen sich vor allem, politisch korrekt zu sein. Nur praktisch nachvollziehbar sind sie nicht.

Die anderen sind zu platt: Die sollen mal ihr Kopftuch ausziehen oder anfangen Schweinefleisch zu essen. Wozu??

Als einziger praktisch nachvollziehbarer „Maßstab“, ob ein Mensch in einem Land, in seiner Umgebung integriert ist, wird häufig genannt, ob ein Mensch die Landessprache beherrscht.

Also: Wenn ein Mensch Deutsch spricht, dann ist er integriert? Die Realität aber zeigt, dass das eine falsche Annahme ist: Meine Beobachtung ist, dass es durchaus viele Menschen in Deutschland gibt, die sehr gut Deutsch sprechen und trotzdem neben den Deutschen herleben. Stichwort: Parallelgesellschaft. Das trifft sehr häufig sogar Menschen, die schon in der dritten Generation hier leben.

Ich plädiere für eine andere praxisnahe „Definition“: Viele Menschen, die aus anderen Ländern stammen (auch wenn sie hier geboren sind!), haben zu Deutschen privat keinerlei Kontakte. Und das wäre für mich ein - wenigstens erster - Maßstab, ob ein Mensch in Deutschland integriert ist. Die Frage, die jeder für sich selbst beantworten kann:

„Gehört zu Deinem Bekanntenkreis wenigstens ein Deutscher, der wenigstens ein äämal pro Jahr zu Dir nach Hause zum Kaffee oder Tee trinken kommt oder zum Plaudern?“

In meinem Bekanntenkreis müssten die nahezu alle Menschen nichtdeutscher Herkunft diese Frage mit einem glatten Nein beantworten. Und das sind überwiegend Menschen, die sehr gut Deutsch sprechen, meist kein Kopftuch tragen und auch viele andere Klischees von Migranten nicht bedienen. Und trotzdem würde ich behaupten: Sie sind nicht integriert.

	Name:	Oliver Valentin
	Alter:	44
	Herkunftsland:	Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	schon immer
	Schulabschluss:	Fachhochschule
	Beruf:	Sachbearbeiter Öffentlicher Dienst

Was verstehen Sie unter Integration?

Menschen mit Migrationshintergrund sollen durch die Vermittlung gesellschaftlicher und kultureller Werte sowie der Sprache des neuen Landes in die neue Gesellschaft integriert werden, ohne ihre Herkunft verleugnen zu müssen.

Sie dürfen nicht langfristig in einer Parallelgesellschaft leben, sondern mit ihrer gesellschaftlichen und persönlichen Geschichte, Kultur und Religion ein Teil der neuen Gesellschaft werden.

	Name:	Heidi Hauer
	Alter:	46
	Herkunftsland:	Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	Geburt
	Schulabschluss:	Fachabitur
	Beruf:	Diplom-Betriebswirtin (FH)

Was verstehen Sie unter Integration?

Integration bezieht sich nicht nur auf die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern auch auf die anderen Minderheiten unter anderem Religionsformen z. B. Naturreligionen, kulturelle Lebensformen. Jeder Mensch ist in einer anderen Gesellschaftsform dann eine Minderheit, wenn er dort nicht geboren ist. Integration ist ein Mosaik aus unterschiedlichen Lebensformen.

	Name:	Myriam Tranzer
	Alter:	22
	Herkunftsland:	Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	Geburt
	Schulabschluss:	Abitur
	Beruf:	Studentin

Was verstehen Sie unter Integration?

Unter Integration verstehe ich allgemein die Eingliederung von Zugewanderten in die vorzufindende Mehrheitsbevölkerung des jeweiligen Landes.

Um nun weiter auf die Eingliederung einzugehen, muss dieser Begriff ein bisschen genauer erläutert werden. Ich denke, dass Toleranz eine große Bedeutung in diesem Zusammenhang hat. Einerseits ausgehend von den Zugewanderten, die sich mit der jeweiligen neuen Kultur, der Religion, den Sitten und Bräuchen auseinandersetzen müssen und diese auch tolerieren sollten, was nicht unbedingt bedeutet, dass sie diese komplett annehmen müssen; und andererseits ausgehend von der Bevölkerung des Landes. Es ist für jeden wichtig, sich erst einmal klarzumachen, dass die Migranten eine gewisse Zeit brauchen, um sich an das neue Land und seine Kultur zu gewöhnen. Daher sollte man etwas Verständnis zeigen, um das Einleben der Migranten schneller und besser zu ermöglichen.

Oftmals ist es auch so, dass sich unter den Zugewanderten, Flüchtlingen aus Kriegsgebieten oder ähnliches befinden, die ohne die Chance sich auf das neue Land vorzubereiten, dort Asyl bekommen. In solchen Fällen sollte man berücksichtigen, dass Integration nicht ohne weiteres zu erreichen ist, sondern nur durch Zusammenarbeit.

Jedoch sollte sich jeder Migrant mit den vorherrschenden Gesetzen befassen und nicht gegen diese verstoßen.

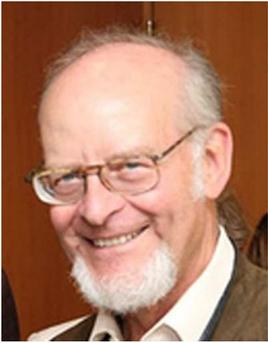
Weiterhin wichtig für die Integration sind Kommunikation und Auseinandersetzung zwischen Zugewanderten und den Menschen des Landes und damit auch die entstehende Annäherung dieser Menschen zueinander.

Denn letztendlich bedeutet Integration meiner Meinung nach, dass Menschen von unterschiedlichen Kulturen gemeinsam in einem Land leben, gemeinsame Dinge erleben, sich untereinander über ihre Kulturen austauschen und dass sich niemand gegenüber anderen fremd und als so etwas wie einen Außenseiter fühlen sollte.

	Name:	Hans-Rudolf Kemmer
	Alter:	75
	Herkunftsland:	Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	-
	Schulabschluss:	-
	Beruf:	-

Die nachfolgenden kurzgefassten Gedanken sind nicht in einer Rangfolge von gedachten Prioritäten sortiert. Sie entspringen jedoch meinen persönlichen Erfahrungen einiger Jahre, die ich mit meiner Familie in fremden Ländern verbracht habe, aber auch von über zwei Jahrzehnten intensiver geschäftlicher Beziehungen mit Menschen in vielen unterschiedlichsten Ländern.

- Ohne Vorurteile in das neue Land ziehen
- Eigentlich sollte man sich die Grundfrage stellen, ob man langfristig evtl. auch Bürger des neuen Landes werden könnte oder möchte (innere Einstellung)
- Erlernen der Sprache des Gastlandes
- Einfügen in die Lebensart eines Landes
- Offen auf Menschen zugehen/fragen
- Kontakte/Freunde im neuen Land suchen
- Sich mit den Sitten und Gebräuchen eines Landes vertraut machen
- Aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen
- Versuchen die Kultur des neuen Landes zu verstehen (für höheres Bildungsniveau)
- Die Geschichte des neuen Landes studieren (für höheres Bildungsniveau)
- Die Gesetze des Gastgeberlandes akzeptieren und befolgen, auch wenn die Sitten und Gebräuche der alten Heimat dagegen stehen
- Zusammenkommen/Spielen mit nativen Kindern von Anfang an fördern, u. a. durch Teilnahme in Sportgruppen und Sportvereinen
- Falls Kultur und Lebensart des neuen Landes den eigenen Vorstellungen nicht entsprechen, sollte die Entscheidung klar und ohne große Verzögerung lauten: Rückkehr ins Heimatland!

	Name:	Werner Busch
	Alter:	70
	Herkunftsland:	Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	1939
	Schulabschluss:	ja
	Beruf:	Pensionär, Ortsvorsteher a. D.

Was verstehen Sie unter Integration?

Für Integration steht im Fremdwörterbuch Duden:

Einbeziehung. Eingliederung in ein größeres Ganzes. Das heißt für mich:

Akzeptanz der am Wohnort gültigen Rechtsordnung und des politischen Systems, sowie Respektierung des mich umgebenden Lebensraumes und der Lebensgewohnheiten mit den gesellschaftlichen Verpflichtungen und Rechten.

Dies sollte aber nicht nur zur Anpassung an die herrschenden Lebensumstände, sondern zur Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben des Wohnortes führen; jedoch nicht zur Aufgabe der eigenen Identität.

	Name:	Paul Laib
	Alter:	71
	Herkunftsland:	Bundesrepublik Deutschland
	Staatsangehörigkeit:	Deutsch
	In Deutschland seit:	1938
	Schulabschluss:	Hochschule
	Beruf:	Diplom Mathematiker

Was verstehen Sie unter Integration?

Zunächst sollte man einmal nachschlagen, was das Wort gemeinhin bedeutet. Ich zitiere aus Duden Fremdwörterbuch (7. Auflage): „Eingliederung, Einbeziehung in ein größeres Ganzes“.

Daraus folgert: Durch die Einbeziehung ändert sich beides. Der einzubeziehende Teil, aber auch das Ganze. Allerdings wird man – einmal physikalisch gedacht – annehmen dürfen, dass die größere Veränderung bei dem einzugliedernden Teil liegen sollte, wobei es im Einzelnen auf die Größenverhältnisse zwischen Teil und Ganzem ankommt.

Festzuhalten ist danach, dass Integration ein zweiseitiger Prozess ist. Lehnt man eine solche Zweiseitigkeit ab, dann darf man nicht von Integration sprechen, sondern von Anpassung oder Einordnung.

Was sich schon ganz allgemein aus der Wortbedeutung ableiten ließ, sollte auch für die hier nachgefragte Integration von Migranten oder allgemein Bürgern mit Migrationshintergrund gelten dürfen. Dann stellen sich zwei Fragen:

- a) Welche Veränderungen muss der/die Einzugliedernde (mindestens) leisten?
- b) Welche Veränderungen muss die aufnehmende Gemeinschaft (mindestens) tolerieren?

Zu a)

Der/die Einzugliedernde muss

1. Die Rechtsordnung unseres Staates voll anerkennen, Insonderheit das Grundgesetz.
2. Willens sein (gemäß seinen Fähigkeiten) die deutsche Sprache gründlich zu erlernen.
3. Er muss Toleranz und Akzeptanz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen zeigen, so wie das hiesulande Gute Sitte ist.
4. Er sollte sich nicht zu stark abgrenzen, sondern sich als Teil des Ganzen, will sagen Bürger unseres Staates sehen.

Zu b)

Die Gemeinschaft muss den Einzugliedernden nicht nur als gleichberechtigt im Sinne des Gesetzes, sondern als grundsätzlich gleichwertig – etwa im christlichen Sinne – aufnehmen. Außerdem muss auch sie – die Erfüllung der Anforderungen gemäß a) vorausgesetzt – dem Einzugliedernden Toleranz und Akzeptanz entgegenbringen und darf nicht die Aufgabe seiner Identität hinsichtlich Sprache, Kultur, Religion etc. verlangen.

Wie ersichtlich, verlangt dieses Verständnis von Integration von beiden Seiten sehr viel, vor allem an gutem Willen.

Anlage 1

Bestandsaufnahme der aktuellen Lage der Menschen mit Migrationshintergrund in Mainz

Anlage 2

Katalog mit Angeboten und Projekten für Menschen mit Migrationshintergrund in Mainz